

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 91 (2011)
Heft: 989

Artikel: Nonzentrale Welt
Autor: Frey, Bruno S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735278>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

4 Nonzentrale Welt

Die Welt lässt sich regieren, wenn auch nicht so, wie es Zentralisten gerne hätten. Ein Denkanstoss

von Bruno S. Frey

Eine Weltregierung ist ein uralter Traum vieler Menschen. Sie erwarten davon globale «Gerechtigkeit» und «Gleichheit» und darüber hinaus die Fähigkeit, die drängenden Probleme der Menschheit zu lösen. Dieser Wunsch ist verständlich, die Vorstellung, dass eine Weltregierung diese Ziele erreichen könne, jedoch überaus naiv. Sie widerspricht all dem, was wir über staatliches und politisches Handeln wissen.

Eine Weltregierung, wollte man sie realisieren, wäre durch folgende Aspekte gekennzeichnet: die dort tätigen Politiker verfügten über eine Monopolmacht, während die Individuen dem Weltstaat hilflos ausgeliefert wären. Die Weltregierung hätte we-

In einer zukünftigen globalen Gesellschaft sind die bestehenden nationalen Grenzen obsolet.

gen ihres unbeschränkten Machtbereichs einen ungezügelteren Appetit auf immer höhere Steuereinnahmen. Der politische Prozess im Weltstaat wäre ausserdem durch ein hohes Ausmass an *rent seeking* (Einkommen vom Staat oder einer bürokratischen Institution ohne Gegenleistung) gekennzeichnet. Einzelne organisierte Gruppen, insbesondere nichtstaatliche Organisationen und internationale Unternehmen, verschüfen sich durch Lobbying auf Kosten der Unorganisierten (dazu gehören die Konsu-

menten und die Steuerzahler) erhebliche Vorteile. Eine Weltregierung würde die Freiheitsrechte der Individuen stark einschränken, und es fände eine verschwenderische und ungerechte Umverteilung statt.

Eine Weltregierung kann deshalb nicht ernsthaft gewünscht werden, selbst wenn diese erreichbar wäre. Aus diesem Grund wird hier ein neuer Vorschlag zur Weltordnung vorgestellt, der gute Eigenschaften aufweist und sich auch realisieren lässt. Dieser Vorschlag ist unorthodox und widerspricht überlieferten Vorstellungen: das staatliche Angebot sollte sich an der Geographie der Probleme orientieren; deshalb sind entsprechende funktionale und demokratische Einheiten zu ermöglichen, deren Grösse sich variabel an die Erfordernisse anpasst. Dieses Konzept steht in starkem Gegensatz zur Konstruktion der heutigen Nationalstaaten.

Flexible demokratische Körperschaften

In einer zukünftigen globalen Gesellschaft sind die bestehenden nationalen Grenzen obsolet. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden durch die bestehenden nationalen Regelungen gehemmt und deshalb vermehrt umgangen. Die Spannung zwischen den unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Anforderungen lässt sich lösen, wenn von den starren Grenzen öffentlicher Körperschaften abgewichen wird: jede staatliche Tätigkeit soll sich in dem Raum abwickeln, der dafür die geeignete Ausdehnung aufweist. Geeignet dafür sind funktionale Körperschaften, die sich gegenseitig überlappen und die für

Bruno S. Frey

Bruno S. Frey ist ordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich und Forschungsdirektor am CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

ihre Tätigkeit notwendigen Steuern in einem demokratischen Verfahren erheben dürfen. Diese als FOCJ – gemäss den Anfangsbuchstaben «Functional, Overlapping, Competing Jurisdictions»* – bezeichneten Einheiten sind durch vier Eigenschaften gekennzeichnet:

1) FOCJ sind funktional

Gebietskörperschaften erbringen ihre Leistungen umso effizienter, je vollständiger sie positive Skalenerträge ausnützen können, je gezielter sie ihre Leistungen an die Nachfrage der Bürger anzupassen vermögen und je genauer ihre Leistungsempfänger und Kostenträger übereinstimmen. Folglich ist es effizienter, wenn nicht alle Leistungen durch die gleiche Gebietskörperschaft erbracht werden, sondern von spezialisierten, auf die jeweiligen Probleme «massgeschneiderten» funktionalen Jurisdiktionen.

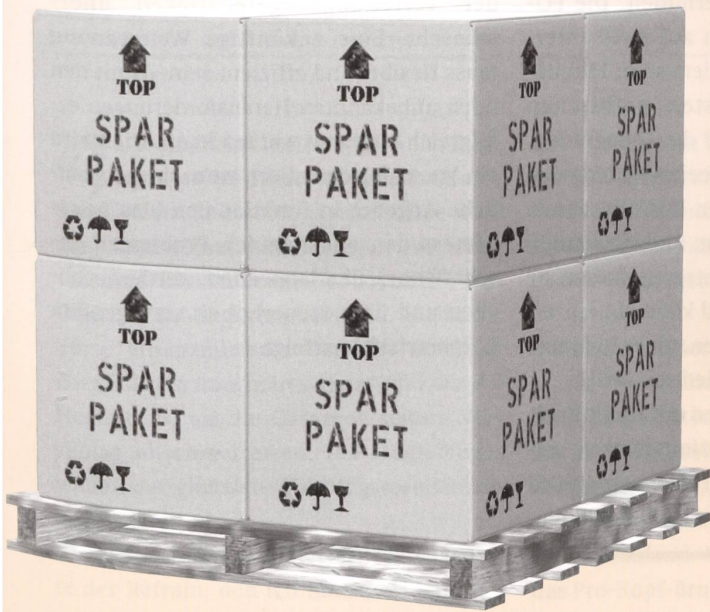
2) FOCJ sind überlappend

Zum einen überlappen sich FOCJ, die

* Bruno S. Frey: «Ein neuer Föderalismus für Europa: Die Idee der FOCJ». Tübingen: Siebeck, 1997.
Bruno S. Frey und Reiner Eichenberger: «The New Federalism for Europe. Functional, Overlapping and Competing Jurisdictions». Cheltenham UK and Northampton, MA, USA: Edward Elgar, 1999.

Wege aus der Schuldenkrise

Herausforderungen und Perspektiven
für Europa und die Schweiz



europa forum luzern
Wirtschaft, Wissenschaft
und Politik im Dialog

Jetzt anmelden!
www.europa-forum-luzern.ch

21. internationales
Europa Forum Luzern
KKL Luzern

Öffentliche Veranstaltung

Montag 7. November
17.30–20.00 Uhr

Symposium

Dienstag, 8. November
09.00 bis 17.30 Uhr



Eveline Widmer-Schlumpf

Bundesrätin, Vorsteherin des
Eidg. Finanzdepartements EFD

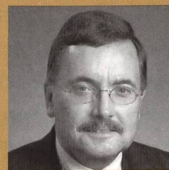
Unter anderen mit



Thomas J. Jordan
Vizepräsident des
Direktoriums,
Schweizerische
Nationalbank



Bert Rürup
Professor em. für Finanz-
und Wirtschaftspolitik,
Universität Darmstadt



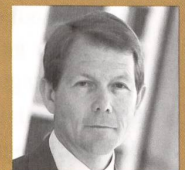
Jürgen Stark
Mitglied des Direk-
toriums, Europäische
Zentralbank



Werner van Gent
Korrespondent SRF,
Buchautor und Organi-
sator von Studienreisen

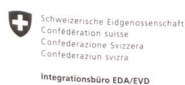


William White
Chair of the OECD
Economic and Deve-
lopment Review
Committee; ehem.
Chefökonom, BIZ



Fritz Zurbrügg
Direktor, Eidgenössische
Finanzverwaltung EFV

Tagungspartner



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Integrationsbüro EDA/EVD

SwissBanking

TREUHAND KAMMER

Kanton Zürich, Europafachstelle
Economiesuisse
Sika
Schweizerischer
Versicherungsverband

Partner of Excellence



Premium Medienpartner

Neue Zürcher Zeitung

Medienpartner

leHebdo

money cab

schweizer
monat

Swiss Equity
magazin

Netzwerkpartner

Hochschule Luzern –
Wirtschaft
Industrie- und
Handelskammer
Zentralschweiz
VSUD

unterschiedliche Aufgaben erfüllen. Folglich gehören die Bürger ganz unterschiedlichen «Bündeln» von Jurisdiktionen an. FOCJ müssen aber nicht notwendigerweise Gebietskörperschaften sein, die in einem zusammenhängenden Gebiet ein Leistungsmonopol besitzen. Oft können mehrere FOCJ, die gleiche oder ähnliche Funktionen erfüllen, ihre Leistungen im gleichen geographischen Gebiet anbieten. Dadurch werden die Wahlmöglichkeiten der Bürger und der Wettbewerb zwischen den Anbietern staatlicher Leistungen zusätzlich gestärkt. Die beiden Arten von Überlappungen ergänzen sich gegenseitig.

3) FOCJ sind wettbewerblig

Die Regierung eines FOCUS (Einzahl von FOCJ) wird durch zwei Mechanismen gezwungen, auf die Nachfrage der Mitglieder einzugehen: die Austrittsmöglichkeiten der Bürger und Gemeinden bewirken marktähnlichen Wettbewerb, und ihr Stimm- und Wahlrecht schafft politischen Wettbewerb.

In FOCJ ist Austritt nicht auf geographische Abwanderung beschränkt und deshalb besonders wirksam. Gemeinden (oder Gemeindeteile) können aus FOCJ aus- und in andere eintreten, ohne dass ihre Bürger umziehen müssen. Die Bedeutung des Austritts unterscheidet FOCJ grundlegend von den heutigen National- und Bundesstaaten, in denen Sezession mit brachialer Gewalt verhindert wird. Ein Austritt sollte vielmehr möglichst unbehindert bleiben, weil dadurch der Wettbewerb zwischen den Regierungen gestärkt wird. Für den Eintritt kann hingegen ein Preis verlangt werden. Solche expliziten Preise stärken die Anreize der FOCJ-Regierungen, eine gute Politik zu betreiben und so neue (zahlende) Mitglieder anzuziehen.

Abwanderung alleine schafft noch keine Effizienz. In FOCJ wird deshalb der politische Wettbewerb mittels demokratischer Institutionen gestärkt. Die Bürger können die Exekutive und Legislative der jeweiligen FOCJ wählen. Zudem sollten sie über möglichst umfassende direktdemokratische Instrumente zur Kontrolle der Regierung verfügen. Das hohe Ausmass an demokrati-

schen Kontrollmechanismen bildet auch einen entscheidenden Unterschied zwischen FOCJ und technokratischen Zweckverbänden, in denen die Bürger die Zweckverbandsverwaltung nur sehr indirekt und unwirksam über mehrstufige Delegationspyramiden kontrollieren können.

4) FOCJ sind Jurisdiktionen mit Steuerhoheit

Ein FOCUS ist eine Körperschaft mit Zwangsgewalt und Steuerhoheit. Die FOCUS-Mitgliedschaft kann auf zwei unterschiedliche Weisen definiert sein: Mitglieder können die kleinsten politischen Einheiten, im Normalfall die Gemeinden, sein. Dann sind Gemeindeeinwohner automatisch Bürger derjenigen FOCJ, in denen ihre Gemeinde Mitglied ist, und sie können nur aus einem FOCUS austreten, indem sie umziehen. Im zweiten Fall kann ein einzelner Bürger frei entscheiden, ob er in einem bestimmten FOCUS Mitglied sein will.

FOCJ weisen verglichen mit traditionellen staatlichen Organisationsformen wesentliche Vorteile auf. Vor allem sind FOCJ flexibel und effizient. Die Stärkung der de-

FOCJ werden nur diejenigen Aufgaben erfüllen, die ihnen von den Bürgern übertragen werden, das heisst, die sie aus deren Sicht effizient lösen. Die Nationalstaaten werden weiterhin diejenigen Funktionen ausüben, die sie vergleichsweise effizient erbringen.

Eine Weltregierung ist hingegen wegen ihrer extremen Monopolmacht gegenüber den Individuen, wegen der Ineffizienz und der Verteilungsungerechtigkeit unerwünscht. Eine zukünftige Weltordnung muss flexibel und effizient sein, damit den noch unbekanntem Herausforderungen erfolgreich begegnet werden kann. Hier wird ein Vorschlag diskutiert, wonach das staatliche Angebot in funktionalen (das heisst gemäss den anstehenden Problemen geschaffenen), überlappenden, wettbewerbligen und über Steuerhoheit verfügenden Körperschaften erfolgt. ◀

Eine Weltregierung ist wegen ihrer extremen Monopolmacht und der Verteilungsungerechtigkeit unerwünscht.

mokratischen Instrumente und die Austrittsoption erlauben den Bürgern, ihre Präferenzen auszudrücken und die Regierung wirkungsvoll zu kontrollieren. Die Konzentration eines FOCUS auf einzelne Leistungen hilft ihnen, die Effizienz zu beurteilen und die Leistungen mit anderen FOCJ zu vergleichen.

Schlussfolgerungen

Eine Verwirklichung des FOCJ-Konzepts wird die Rolle der Gebietskörperschaften aller Ebenen – von Nationalstaaten bis zu den Kommunen – stark verändern. Sie bewirkt aber keineswegs ihre Zerschlagung, sondern schafft neue Alternativen.